

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur: Geschichte der deutschen Teilung darf in Berlin kein Wahlfach werden

Berlin, 18. Dezember 2025 – Die Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Dr. Anna Kaminsky, appelliert an den Berliner Senat, geplante Änderungen im Geschichtsunterricht der gymnasialen Oberstufe zu überdenken. Nach der neuen Regelung soll die vertiefte Beschäftigung mit der Geschichte der deutschen Teilung, der DDR und ihrer Überwindung für Schülerinnen und Schüler künftig nicht mehr verpflichtend sein, sondern nur noch auf freiwilliger Basis erfolgen.

Die Bundesstiftung Aufarbeitung schließt sich damit ausdrücklich der Kritik des Berliner Landesverbandes der Geschichtslehrerinnen und -lehrer an. Dieser warnt davor, dass zentrale Kapitel der Berliner und deutschen Zeitgeschichte an Verbindlichkeit verlieren. Zwar sieht der neue Lehrplan eine stärkere Berücksichtigung der DDR-Geschichte vor, doch droht diese durch die geänderten Vorgaben faktisch aus dem verbindlichen Unterricht zu verschwinden.

„Ausgerechnet in Berlin, der Stadt, die über Jahrzehnte geteilt war und in der die Folgen der SED-Diktatur bis heute sichtbar sind, darf diese Geschichte nicht zur bloßen Wahlmöglichkeit werden“, erklärt Dr. Anna Kaminsky. „Wer jungen Menschen die verbindliche Auseinandersetzung mit Diktatur, Teilung und demokratischem Neubeginn nimmt, schwächt historisches Urteilsvermögen und demokratische Orientierung. Berlin kann sich eine solche Geschichtsvergessenheit nicht leisten.“

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur fordert den Berliner Senat daher auf, an einer verbindlichen Behandlung der Geschichte der deutschen Teilung und der DDR in der gymnasialen Oberstufe festzuhalten und die Entscheidung im Lichte der besonderen historischen Verantwortung Berlins zu überprüfen.

Weitere Informationen erhalten Sie von

Jonathan Harnisch | Fon: 030 31 98 95 225 | E-Mail: j.harnisch@bundesstiftung-aufarbeitung.de